Tägliches
Cincinnatier Volksblatt

Briefe an das „Volksblatt" sind zu adressiren:
CINNNATIER VOLKSBLATT, BOX 21,
CINCINNATI, OHIO.

Haupt-Offices:
NO. 637 VINE STRASSE.
CINCINNATI, O.
Geschäfts-Departement....Telephon Canal 2624
Redaktion.....Telephon Canal 2045

Zweig-Offices:
Covington, Ky., 509—511 Madison Ave. Telephon South 3254
Newport, Ky., 339 York Str., Tel. South 2401

Freitag, den 20. März 1914.

Von Huertas Seite soll die Anregung gekommen sein, der Präsident möge einen Frieden zwischen den Parteien inMexiko vermitteln. Selbstverständlich wird der Präsident der Anregung Folge geben, doch besteht er darauf, daß ein dauernder Friede nur zu sichern sei, wenn die Entscheidung vom mexikanischen Volke getroffen wird, indem es durch eine Wahl, die frei von Betrug und Gewalt ist, zu erkennen gibt, wen es zum Präsidenten wünscht. Wir glauben nicht, daß Huerta auf eine solche Bedingung eingehen wird und wir sind nach wie vor der Ansicht, daß das mexikanische Problem nur mit Blut und Eisen gelöst werden kann und da in solchem Falle die Partei, welche für Volksrechte eintritt, Siegerin bleiben wird, so ist das die allein richtige Lösung des Problems.

Die Ohioer Staats-Handels-Kammer wird ein Verfassungs-Amendement betreiben resp. unterbreiten, welches die Steuern auf 10 Mills als Maximum ansetzt, worin die Abgaben für Zinsen auf öffentliche Schulden und an den Tilgungsfonds nicht eingeschlossen sind; diese müssen durch spezielle Steuern aufgebracht werden. Eine Erhöhung der Maximalsteuer soll nur durch Volksabstimmung erfolgen dürfen. Außerdem soll die Legislatur ermächtigt sein, die Steuern zu klassifiziren. Dieses Amendement ist die richtige Erledigung der Steuerfrage und sollte angenommen werden. Daß dieser Vorschlag nicht von der Verfassungs-Konvention unterbreitet wurde, lag an der Furcht, daß die Single Taxer ihr System einführen könnten. Dem wirkt die Vorschrift, daß eine Steuer von einem Prozent erhoben werden soll, entgegen. Die Klassifizirung der Steuern ist ganz besonders nothwendig, um eine schwere Schädigung der wirthschaftlichen Interessen des Staates zu verhüten. Die Steuer vom persönlichen Eigenthum sollte, wenn der Ertrag davon drei Prozent nicht übersteigt, nicht höher als ein viertel Prozent sein. Mit jedem weiteren Prozent könnte die Steuer um ½ Prozent erhöht werden. Das würde eine Abwanderung des Kapitals verhindern und mehr einbringen, als das jetzige System, das zur Hinterziehung derSteuern zwingt.

Der Vorschlag, Arbeiter-Unionen von den Strafbestimmungen der Trustgesetze auszunehmen, findet nicht die Zustimmung des Präsidenten. Es wäre interessant zu erfahren, wie er diese Stellung begründet. Der Zweck der Trustgesetze ist, eine Unterdrückung der Konkurrenz zu verhindern. Vermuthlich erblickt der Präsident in Arbeiter-Unionen ebenfalls ein Mittel zurUnterdrückung der Konkurrenz. Das wäre aber ein handgreiflicher Irrthum. Das Bemühen der Unionen ist lediglich darauf gerichtet, einen gerechten Lohn zu erlangen. Als kundigem Oekonomen sollte dem Präsidenten nicht unbekannt sein, daß dieses Ziel ohne Unionen nicht zu erreichen ist und daß es für den Frieden der Gesellschaft nothwendig ist, dieses Ziel zu fördern. Ueber die Folgen seiner Handlungsweise sollte der Präsident nicht imUnklaren sein. Entweder das Trustgesetz bleibt, soweit es die Arbeiter betrifft, unbeachtet, oder, wenn es vollstreckt und unter dem Gesetz die Auflösung der Unionen dekretirt wird, sind Klassenkämpfe der schlimmsten Art unvermeidlich, denn sobald die Unionen aufhören, gibt es keine Minimalgrenze für Löhne. Das ist so einleuchtend, daß alle Länder der Welt, mit der unrühmlichen Ausnahme der Ver. Staaten, Unionen gestatten und was andere Länder erlauben müssen, werden die Ver. Staaten nicht versagen können.

Der Präsident hat sich den republikanischen Senator Jones kommen lassen und ihm gesagt, daß seine Rede im Senat, wonach der Präsident die Abschaffung der Abgabenfreiheit auf Grund eines Uebereinkommens mit England empfehle, jeder Begründung entbehre. Er machte dem Senator klar, daß dieser in unverzeihlicher Weise die Ehre des Landes kompromittire, wenn er, wie es in seiner Rede geschehen ist, behauptet, daß der Präsident der Ver. Staaten einUebereinkommen mit England getroffen habe, welches letzterem die Vertheidigung der Monroe-Doktrin überweist. Senator Jones hat auf diese Ermahnung hin, den Senat in Kenntniß gesetzt, daß seine Angaben betreffs des Uebereinkommens mit England nicht auf Thatsachen basiren, sondern aus Folgerungen, wie er sie aus Zeitungsberichten gezogen habe. Diese Berichtigung wird hoffentlich den gebührenden Eindruck machen. Daß der Präsident mit dem Senator, der sein politischer Gegner ist, sich in Verbindung gesetzt, hat seine triftigen Gründe, es ist nämlich zu ersehen, daß der Kampf zur Aufhebung des Gesetzes, das amerikanischen Küstenfahrern die Abgabenfreiheit gewährt, sich als sehr schwierig erweisen wird, da viele Demokraten dagegen sind, wiewohl der Präsident der bestimmten Hoffnung ist, daß er durchdringen wird, aber es wird das mit einer sehr knappen Majorität geschehen. Was die Stimmung zu Gunsten des Gesetzes hervorruft, läßt sich kaum anders, wie als moralischer Stumpfsinn bezeichnen, wozu noch eine geistige Verirrung hinzutritt. Vielleicht wird der Sachverhalt richtiger dargestellt, wenn wir sagen, daß Letzteres das Erstere bewirkt. Der Glaube besteht darin, daß es zur Hebung unserer Schiffahrt beitragen würde, wenn man von unserenKüstenfahrern keine Abgaben für die Fahrt durch den Panama-Kanal fordert. Das ist ein handgreiflicher Unsinn. Der Küstenhandel ist die lohnendste Form der Schiffahrt. Amerikanische Schiffe haben darauf ein Monopol, denn fremde Schiffe dürfen keinen Küstenhandel betreiben. Demnach würden die Abgaben in keiner Weise die Entwicklung der Schiffahrt verhindern. Die Förderung, die man gewähren will, beruht ausschließlich und allein im Kanal, der die Möglichkeit bietet, einen Küstenhandel auf der langen Strecke, wie kein Land der Erde sie aufzuweisen hat, von New York nach St. Francisco und umgekehrt zu betreiben. Daß die New Yorker Finanz-Barone, welche die Besitzer dieser Küstenfahrer sind, die Abgaben, die sie sparen und die sich jetzt auf 2½ Millionen das Jahr, eventuell auf das Doppelte belaufen würden, dem amerikanischen Volke zu Gute kommen lassen würden, ist doch eine unsinnige Annahme. Um also New Yorker Finanzbarone zu bereichern, will man einen Vertrag brechen, was doch eine Schändlichkeit und eine nationale Schmach wäre. Hierzu kommt noch, daß dieser Vertragsbruch Repressalien zur Folge haben würde.

Kein nationales Frauenstimmrecht.

Der Senat hat die Resolution zur Einführung des nationalen Frauenstimmrechts verworfen. Wohl erhielt die Resolution mit 35 gegen 34 Stimmen eine Mehrheit von einer Stimme, das genügte aber nicht, da in diesem Falle eine Zweidrittel Mehrheit nothwendig ist. Das Schicksal dieser Resolution mag die Hoffnung erwecken, daß eine Resolution zur Einführung der nationalen Prohibition nicht besser fahren würde; das wäre aber ein gefährlicher Irrthum. Das Frauenamendement ist hauptsächlich an dem Widerstand der Südstaaten gescheitert, die das Stimmrecht der farbigen Frauen nicht aufkommen lassen wollten, aber die Südstaaten sind sammt und sonders prohibitionistisch gesinnt. Dann ist auch in Betracht zu ziehen, daß die Prohibition einen größeren Anhang hat, als das Frauenstimmrecht, demnach viele nördliche Senatoren, die gegen das Frauenstimmrechts-Amendement gestimmt haben, ein Prohibitions-Amendement unterstützen würden.

Um es zu wiederholen: Das gestrige Votum ist in keiner Weise für das Schicksal eines Prohibitions-Amendements entscheidend. Um letzteres abzuwehren, müssen besondere Anstalten getroffen werden und zwar mit großer Entschiedenheit, und der hierzu geeignete Zeitpunkt sind die Kongreßwahlen im Herbst, wobei wir voraussetzen, was sich wohl als richtig erweisen dürfte, daß in dieser-Kongreßsitzung kein Prohibitions-Amendement zur Abstimmung kommen wird. Die Kongreß-Kandidaten sowohl für Haus und Senat müssen über ihre Stellung zur Prohibitionsfrage sondirt werden. Wer sich für Prohibition erklärt, muß ohne Weiteres über Bord geworfen werden und gleichfalls Derjenige, der eine ausweichende Antwort ertheilt. Wer sich nicht gegen Prohibition erklärt, ist dafür und muß als Feind behandelt werden. Die weitere Vorschrift für alle Freisinnigen ist, daß sie alle Parteigrenzen unbeachtet lassen müssen. Ein Demokrat muß für einen republikanischen Kandidaten stimmen, sofern dieser sich in der Prohibitionsfrage als zuverlässig erweist und umgekehrt. In dieser Weise verfahren die Prohibitionisten und wenn die Freisinnigen sich nicht dazu entschließen können, ihre Gegner mit deren Waffen zu bekämpfen, so werden sie eine Niederlage erleiden.

Selbstverständlich muß bei den Staatswahlen dieselbe Taktik befolgt werden, denn die Prohibitionisten kämpfen auf zwei Linien. Wenn sie nicht mit einem Schlage durchdringen können, daß die Prohibition durch Anwendung der Bundesverfassung eingeführt wird, dann werden sie den langsameren Weg einschlagen, einen Staat nach dem anderen zu erobern und leider muß zugestanden werden, daß sie ihrem Ziele schon bedenklich nahe gerückt sind, so daß ihr Sieg nur als eine Frage der Zeit erscheint, wenn sie in diesem Herbst nicht eine zermalmende Niederlage erleiden und Ohio ist einer der entscheidenden Staaten. Wenn die Prohibitionisten in einem Staat durchdringen, in welchem das deutsche Element so stark vertreten ist, wie bei uns, dann gibt es überhaupt keinen Staat in der Union, welcher der prohibitionistischen Flut erfolgreichen Widerstand leisten könnte und diesen Sieg können die Fanatiker erreichen, wenn die Deutschen sich nicht ihres Parteigeistes entschlagen. Daß hierin eine Gefahr besteht, lehrt die Vergangenheit. Der Demokrat Pattison, der sich frei und offen für Prohibition erklärt hatte, wurde gewählt, was nur durch Unterstützung des deutschen Votums geschehen sein konnte. Geschieht das wieder in diesem Herbst, indem die Deutschen ausgesprochene Pohibitionisten aus Parteigründen unterstützen, dann ist alles aus, denn wenn Ohio prohibitionistisch stimmt, so ist es eine Selbsttäuschung, ein anderes Resultat in anderen Staaten zu erwarten. Um Ohio zu retten, liegt die Pflicht ob, die Legislatur-Kandidaten sorgfältigst auf ihre Stellung zur Prohibition zu sondiren, da es Sache der Staatsgesetzgebungen ist, die vom Kongreß genehmigten Verfassungs-Amendements gutzuheißen. Es muß also darauf gesehen werden, daß die nächste Legislatur anti-prohibitionistisch ist.

Dann ist die Sachlage auch noch von einem anderen und nicht minder wichtigen Standpunkt aus zu betrachten. Wenn der Kongreß im nächsten Jahre wieder in Sitzung ist und der Staat Ohio im November eine prohibitionistische Legislatur wählen sollte, so wäre das eine förmliche Aufforderung an alle Kongreß-Mitglieder, für die Prohibitions-Resolution zu stimmen, denn als Politiker würden sie aus solchem Resultate schließen, daß die Prohibitionisten die Majorität der Nation repräsentiren und es ist zur Genüge bekannt, daß ein Politiker immer mit der Majorität stimmt.

Lasse daher Niemand sich durch die Verwerfung der Frauen-Stimmrechts-Resolution irre führen. Prohibition und Frauen-Stimmrecht sind zwei grundverschiedene Dinge und erstere hat bedeutend mehr Anhänger, als letztere. Wie wir gezeigt haben, sind die ausgesprochensten Prohibitionisten Gegner desFrauenstimmrechts und wie wir weiter gezeigt haben, sind speziell in diesem Staate die größten Anstrengungen nothwendig, um den Prohibitionisten eine Niederlage zu bereiten.

Von der k. k. Amtssprache.

Wien, im März.

Ein Lichtstrahl! Im Verkehr der Aemter untereinander und den Hofämtern hat eine Vereinfachung des Amtstils Platz zu greifen und auch die Höflichkeitsformeln, zu denen bis jetzt die Behörden im Briefwechsel mit den Hofämtern verpflichtet waren, haben in Zukunft wegzufallen. Die Zeiten, da ein Amt das andere „submissest" zu ersuchen hatte, sind also endgültig vorüber, und es ergibt sich das erfreuliche Bild, daß ein Ministerialbeamter dem Amtsschimmel ein Stück des zu langgewordenen Schweifes mit der Amtsscheere abschneidet. Leider nicht den ganzen. Vielleicht, weil es stückweise nicht so weh thut. Und der Wiener Bürgermeister macht die städtischen Behörden in einem Erlaß aufmerksam, es möge streng darauf gesehen werden, daß in den Aufschriften in den Straßen der Stadt Wien ihr deutscher Charakter zum Ausdruck komme. Wenn es aber statt einer Vereinfachung des Amtstils der geliebten Amtssprache selbst an den Kragen ginge, das Vergnügen nicht nur aller sprachlich Gebildeten würde unermeßlich sein. Denn schon längst stehen insgeheim die Deutschen auf dem Standpunkt des aus Norddeutschland nach Prag berufenen Professors, der nach mehrmonatigemStudium der deutschböhmischen Frage aus der Tiefe seines germanistischen Gewissen entrüstet ausrief: „Und diese Amtssprache wollen sich die Deutschen erhalten?"

Diese Amtssprache zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie Gegenstände und Begriffe, die sich im Deutschen besonders klar und deutlich ausdrücken lassen, gern mit dem geheimnißvollen Schleier eines Fremdwortes umgebt. Noch immer rücken die Truppen nach den Uebungen in ihre „Ubikationen" ein, statt in die Standorte. Aus dem „Cadettofficierstellvertreter", dem Soldaten mit dem längsten Titel und dem kürzesten Einkommen, ist ja nun glücklich der Fähnrich geworden, aber dafür steht der „Certifikatist" noch immer dem Anwärter im Wege. Hartnäckig bleibt es auch bei einer „Evakuirung Albaniens", trotzdem Venizelos erst im März an die endgültige Räumung denkt, und sich durch das energischer klingende Fremdwort durchaus nicht schrecken läßt. Nur nach schwerem Kampfe setzt sich auf der Post der Rückschein gegen das „Recepiß" durch, aber es wird noch immer „rekommandirt" statt eingeschrieben. Man führt keine Gespräche am Fernsprecher, sondern am Telephon und keine Ferngespräche, sondern „interurbane". Zum Glück giebt es aber Fernzüge. Die Fremdwörterei ist wohl hier viel schwerer auszurotten, als irgendwo anders, aber es geht doch auch hierin vorwärts, wenn auch in verlangsamtem Schritt. Man darf nicht vergessen, daß es in Oesterreich Einflüsse giebt, die einer Verdeutschung der Titel und Aemter systematisch als Germanisirungsbestrebungen entgegen arbeiten. Wenn ein Minister auf den Thüren der Amtsräume „Zahlstelle" statt „Kassa" schreiben ließe, so wäre seine Parteilichkeit erwiesen.

Oft nimmt die Sucht, den Sprachschatz mit möglichst viel und möglichst fremartig klingenden Wörtern zu „bereichern", die drolligsten Formen an. Da hat ein Ladenbesitzer auf die Eingangsthür seines Geschäftes „Entrée" geschrieben, auf die andere aber richtig deutsch „Ausgang". Wahre Fremdwortschwelgereien sind noch zum großen Theil die in den öffentlichen Körperschaften gehaltenen Reden. Als vor einiger Zeit im österreichischen Reichsrath vom Regierungstische bei Vertheidigung einer Gesetzesvorlage von der „Effikazität des klandestinen Vatuums" gesprochen wurde, entstand thatsächlich eine Art „Vakuum" im Sitzungssaale, da alls nach der Bibliothek eilte, um das Lexikon zu befragen. Und der Redner wurde am Schlusse seiner Ausführungen als eine Art Rekordmann auf dem Gebiete des Fremdwörtergebrauchs ehrfurchtsvoll beglückwünscht.

Mag sich auch, wie ein Sprachgelehrter versichert, die deutsche Sprache unter allen anderen wegen ihrer Anpassungsfähigkeit am besten zur Aufnahme und Mitverwendung fremder Ausdrücke eignen, so darf doch diese Eigenschaft nicht zum Vorzug gestempelt werden. Der deutsche Süden ist viel hartnäckiger im Festhalten alter Gewohnheiten als der Norden. Es wird noch eine Weile dauern, ehe der Münchener und Salzburger „Charcutier" sich umtauft, und ehe aus dem Sprachschatz des Wiener Kaufmanns das fürchterlicheWort „Oktasion" verschwindet. Grazer deutsche Studenten haben dieser Tage den Rektor ersucht, die Universität möge in Zukunft die Doktordiplome in deutscher Sprache abfassen. Am Nachwuchs ist also bereits die zukünftige Besserung bemerkbar, und von der Reinigung der Verkehrs- und Amtssprache in sprachlicher Hinsicht bis zur wirklichen Vereinfachung selbst ist es dann nicht mehr weit.

W. Urban.

Die Zukunft der französischen Sprache.

Paris, im März.

Im „Mercure de France" stieß Emile Laloy vor Kurzem einen Angstruf aus: Wird das Französische aufhören, eine wissenschaftliche Sprache zu sein?

Vielleicht liegt die Gefahr nicht so nahe, wie Herr Laloy glaubt, aber es gibt jedenfalls Gründe, die Frage zu stellen. Will man eine Antwort finden, dann muß man sich zuerst klar machen, wonach man eigentlich fragt. Was ist eine „wissenschaftliche Sprache"? Im Mittelalter war es das Latein, in der neuen Zeit das Französische, Englische und Deutsche. Als das Eigenthümliche einer wissenschaftlichen Sprache bezeichnet Laloy die Möglichkeit, die Wissenschaft fortzubilden. Das heißt: Jemand, der sich einem bestimmten Wissenszweig widmet, muß sich selbst in Werken seiner Sprache über Alles unterrichten und durch eigene Werke zur Entwicklung des Zweiges beitragen können. Ist er genöthigt, Werke fremder Sprachen zu Rathe zu ziehen, so ist der Beweis geliefert, daß die Muttersprache als wissenschaftliche Sprache nicht mehr ausreicht.

Wenn man die Erörterung auf dieses Feld einschränkt, dann rückt die Gefahr für das Französische näher. Es handelt sich also nicht im Entferntesten darum, die sprachlichen Qualitäten des Französischen anzuzweifeln. Die sind ungeschmälert. Wenn das Deutsche im Reichthum seiner Wortverbindungen, in seiner philosophischen Klangfarbe sich besser dazu eignet, die neuen wissenschaftlichen Eroberungen zu formuliren, so nimmt das dem Französischen nichts von seiner Ausdrucksfähigkeit. Es wäre kindlich zu sagen, ein Franzose könne in seiner Sprache den gelehrten Problemen nicht in allen Feinheiten gerecht werden. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß es gerade in den technologischen Wissenschaften auch heute noch den anderen Sprachen Worte leiht. Ein Automobil und eine Flugmaschine kann man gar nicht in ihre Bestandtheile zerlegen, ohne französische Namen zu gebrauchen.

In dem Sinne, in dem Laloy die Frage stellt, rück sie auf ein anderes Gebiet. Man müßte eher fragen: Ist in Frankreich die Wissenschaft so gut organisirt, daß das gesammte Material in französischer Sprache niedergelegt wird?

Hier enthält das Französische offenbar Lücken. Laloy verweist auf die zahlreichen „Jahresberichte" und „Zentralblätter", in denen die deutschen Fachwissenschaften alle ihre Dokumente sammeln. Ein Wissenschaftler kann nicht mehr auskommen ohne diese reichhaltigen Publikationen, in denen die Ergebnisse der Spezialforschung niedergelegt werden. Im französischen Sprachgebiet findet Laloy nur eine kleine Anzahl. Er zitirt ein Beispiel: In Lüttich erscheinen die „Archives Internationales de Physiologie", die sich rühmen, das einzige Archiv französischer Sprache für reine Physiologie zu sein. Aber die Publikation ist in Noth, da es ihr an Abonnenten fehlt. Sie bringt jährlich 500 großgedruckte Seiten, während die entsprechende deutsche Zeitschrift, „Pflügers Archiv", 3400 kleingedruckte Seiten bietet. Aehnlich liegen die Verhältnisse — nach Laloy — in fast allen Wissenszweigen.

Die Folge davon ist, daß der Deutsche an seiner eigenen Sprache genug hat, um den Bereich der Wissenschaft voll auszuschreiten. Umgekehrt ist der Franzose genöthigt, viel Mühe auf die Erlernung des Deutschen zu verwenden, und wie er, natürlich noch eine Reihe anderer Nationen. Die deutsche Sprache erwirbt sich so eine wissenschaftliche Vorherrschaft. Wie sollen Spanier und Italiener das Französische als eine romanische Sprache höherer Ordnung betrachten, wenn es sie auf diese Weise im Stiche läßt und aufs Deutsche hinweist?

Laloy sieht deutlich, was zu thun ist. Um dem Französischen seinen Rang zu bewahren, ist es nothwendig, eine großartige wissenschaftliche Betriebseinrichtung zu schaffen und für reichhaltige regelmäßige Publikationen zu sorgen. Das ist ohne riesenhafte Subventionen nur möglich, wenn das französische Publikum sich daran gewöhnt, mehr rein wissenschaftliche Bücher zu lesen. Der Verlagsbuchhandel ist nicht ohne Schuld an den gegenwärtigen Zuständen. Auch die öffentlichen Bibliotheken bleiben in ihren Leistungen hinter den deutschen zurück. Sie arbeiten viel zu theuer, da sie keine Bücher außerhalb ihrer eigenen Räume verleihen. In der Nationalbibliothek in Paris kommt eine Buchbenutzung so auf einen Franc zu stehen. Die Berliner Staatsbibliothek, welche gegen geringes Entgelt auswärts verleiht, leistet fünfmal mehr Dienste als die Pariser Nationalbibliothek. Damit hat Laloy seine Vorschläge nicht erschöpft. Er fordert Staatsunterstützung für gut geschriebene wissenschaftliche Handbücher. Und er meint sogar, die Reform der Orthographie wäre seinen Zwecken dienlich. Eine rein phonetische Rechtschreibung würde den Ausländern das Erlernen des Französischen erleichtern.

Es ist kein Zweifel, daß dieses Programm von allen Franzosen gutgeheißen wird. Man kann es billigen, auch wenn man nicht glaubt, daß die französische Sprache so nahe daran sei, vom Piedestal der Wissenschaft herunterzufallen. Herr Gabriel Arbouin ist dieser Meinung und verficht sie in einer neuen Zeitschrift „Les Ecrits Français". Er wendet sich vor Allem gegen die enge Begriffsdefinition Laloys, wobei er betont, daß gerade auf wissenschaftlichem Gebiete am meisten übersetzt wird und daß es keineswegs eine einzige wissenschaftliche Sprache geben wird. Laloy schien anzudeuten, daß die deutsche Sprache sich eine solche Monopolstellung erobern könnte. Arbouin glaubt nicht daran, trotz der ungeheuren Fortschritte Deutschlands. Er sieht neben der „culture scientifique" auch die „culture" im Allgemeinen und in dieser wird die französische Sprache ihre Stellung behaupten. Er beruft sich dabei auf den Brief des deutschen Reichskanzlers an den Historiker Lamprecht, in dem betont war, daß die deutsche Kultur noch nicht genügend nach Feinheit strebe und mehr Gewicht auf Kraft lege.

Laloy meinte, es sei kein Trost, wenn das Französische die Sprache der Diplomaten bleibe. Arbouin schätzt dieses Privileg nicht so gering ein. Aber steht es wirklich außer allem Zweifel, daß die Diplomaten immer französisch sprechen werden? Wenn man sieht, wie schwer das Französische dazu kam, sich diese Stellung in der Diplomatie zu erwerben, dann mag man auch für möglich halten, daß es sie einmal verliert. In der „Revue de Paris" hat der Historiker der französischen Sprache, Prof. Brunot, diese schwierigen Anfänge geschildert. Gewöhnlich nimmt man an, daß bei den Friedensverhandlungen von Nymwegen das Französische das Vorrecht offiziell erlangte. Brunot weist nach, daß das ein Irrthum ist. Eine große Masse der Akten sind lateinisch und man sprach auch viel lateinisch auf dem Kongreß. Der definitive Vertrag ist französisch zwischen Holland und Frankreich, französisch und spanisch zwischen Frankreich und Spanien, lateinisch zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Auf den Friedensverhandlungen von Münster 1648 versuchten die Franzosen wiederholt, ihre Anträge in ihrer Sprache vorzulegen, aber die Vertreter des Deutschen Reichs bestanden auf dem Latein oder nahmen dann das Recht in Anspruch, sich des Deutschen zu bedienen. Bei späteren diplomatischen Versammlungen gerieth das Latein mehr in den Hintergrund, weil es die Delegirten nicht mehr geläufig oder gar nicht mehr sprachen. Den Frieden von Rastatt konnte Ludwig XIV. auf französisch abschließen, weil sein Vertreter Villers nicht lateinisch sprach und weil der Prinz Eugen, der auf Lateinisch bestanden hatte, die Geduld verlor. Das Französische gewann einen wirklichen Vorsprung nur, als es durch seine Litteratur zu einer im gebildeten Europa allgemein gesprochenen Sprache geworden war. Aber eine rechtliche Gültigkeit hat dieses Privileg nie gehabt. Heute wird es auch längst nicht mehr allgemein angewandt. Die Großmächte bedienen sich vielfach ihrer eigenen Sprache für den Notenverkehr. Auf den Kongressen freilich spricht man französisch. Aber wenn man nach dem Beispiel der wissenschaftlichen Kongresse urtheilen darf, kann auch da einmal die Mehrsprachigkeit auftauchen. Englische, deutsche, französische Reden werden kaum mehr übersetzt. Die Diplomatie freilich besteht oft in Wortklauberei und kann darum nicht anders, als an einer einzigen Sprache festhalten.

Die Zukunft der französischen Sprache ist, wie auch Arbouin bemerkt, die Zukunft der französischen Kultur. So lange die Nation sich künstlerisch und litterarisch auf der Höhe hält, kann man sie nicht übergehen. In der Vergangenheit war es sogar ihre Stärke, fremde Einflüsse innerlich so durchzuarbeiten, daß etwas Eigenes daraus wurde, das Menschliche in seiner natürlichsten und am deutlichsten geprägten Form. Wir Deutsche sind empfänglicher für das Fremde, aber wir lassen ihm seine Gestalt, und unsere Kultur stellt darum eine weniger scharf umrissene Eigenheit dar. Freilich muß nicht Alles, was die Welt erobert, durch das Medium des französischen Geistes hindurchgehen. Ibsen, Björnson und die großen Russen sind zuerst über den ganzen Erdball gegangen und zuletzt in Paris angekommen. Sie bedurften nicht des Vehikels der französischen Uebersetzung, um zu anderen Völkern zu dringen. Aber das Deutsche war für sie bis zu einem gewissen Grade das Sprungbrett zum Weltruhm. Ich meine also, das Französische wird seine beste Lebenskraft aus der französischen Kultur schöpfen. Es darf sich nicht darauf verlassen, dank seiner Eleganz sich ewig als Weltsprache zu behaupten. Die Nützlichkeit spielt eine große Rolle und hat dem Englischen zu seiner thatsächlichen Macht verholfen. Mit dem Deutschen kann man heute auch schon Globetrotter spielen, weil Deutschland wie England unzählige Landsleute überall hinschickt.

Lokal-Bericht

Schon wieder

Taucht ein Gerücht über die angeblich bevorstehende Absetzung von C. B. Wilby als Civildienstkommissär auf.

Schon wieder kursirt im Rathhaus das Gerücht, daß die Tage von Chas. B. Wilby als Mitglied der städtischen Civildienstkommission gezählt sein sollen. Das Gerücht will es haben, daß der Bürgermeister Herrn Wilby aufzufordern gedenkt, seine Resignation einzureichen und falls dieses nicht geschieht, Anklagen gegen Wilby erheben wird. Als Basis für diese Anklagen soll Herrn Wilby's Betheiligung an einem Sandverkauf an die Stadt dienen und mit Bezug auf diese Transaktion hat angeblich vor einigen Tagen Scott Small vom städtischen Informationsbureau auf Weisung des Bürgermeisters eine Untersuchung angestellt.

Sollte Wilby resigniren, oder abgesetzt werden, so ist angeblich als sein Nachfolger der Anwalt Thomas Bentham in Aussicht genommen. Ferner heißt es, daß nach dem Ausscheiden Wilby's aus der Civildienstkommission Herr George W. Armstrong sofort sein Amt als Civildienstkommissär niederlegen würde und dessen Posten soll dann durch die Ernennung von John J. Weitzel besetzt werden.

Dieses Alles ist jedoch vorläufig nur Gerücht und Zukunftsmusik, denn Bürgermeister Spiegel wird in den nächsten Tagen infolge seiner Erkrankung außer Stande sein, irgendwelche definitiven Schritte zu thun.

Base-Ball.

In dem Mittwochsspiele von fünf Gängen zwischen den „Vets" und „Colts" in Alexandria, La., verblieb Schleuderer Johnson (der Winnebago Indianer) als Erster unserer Kanoniere bis zum Ende des Kampfes auf seinem Posten, während die Gegner durch zwei Schleuderer (Davenport und Douglaß) vertreten waren. Johnson bewährte sich brillant und würde die „Colts" mit 5 Nieten heimgeschickt haben, hätte Häuptling Herzog nicht im letzten Gange denselben durch einen wilden Wurf über die 1. Base zu ihren beiden Läufen verholfen. Das Spiel endete mit 6 zu 2 Läufen. Die „Vets" sicherten 9 Treffer gegen 3 und beide „Neuner" machten je einen Fehler. Als beste Schläger erwiesen sich der Schwärmer Moran und der Fänger Gonzales mit Heimlauftreffern. Groh und Porter sicherten zwei bezw. dreibasige Treffer.

Häuptling Herzog hat beschlossen, keinen seiner Rekruten vor dem Eintreffen des Klubs in Cincinnati zu entlassen und er wird denselben bis dahin jede mögliche Gelegenheit geben, ihre Leistungsfähigkeit zu demonstriren. Fast ohne Ausnahme machen sie begründete Ansprüche auf permanente Anstellung und die Auswahl wird Herrn Herzog wahrscheinlich gegen Ende dieses Monats weniger-schwer fallen.

Die „Reds" besitzen in den Rekruten Dave Davenport und Phil. Douglaß die zwei längsten Hopfenstangen unter den Schleuderern der National-Liga. Der Erstere mißt 6 Fuß 5½ Zoll und Douglaß 6 Fuß 4 Zoll. Beide haben gute Aussicht auf permanente Anstellung im Klub für diese Saison.

Parkkommission

Stellt J. Howard Renshaw als Vergnügungsdirektor an.

Die Parkkomission hat in ihrer gestrigen Sitzung J. Howard Renshaw, der früher an der städtischen Fortbildungsschule thätig gewesen, als ständigen Vergnügungsdirektor angestellt, der die Aufsicht über alle athletischen Spiele und Vergnügungen in den städtischen Parks, mit Ausnahme der Spielplätze für Kinder, haben wird. Herr Renshaw hat bereits eine hiesige Liga von Amateur-Baseballspielern ins Leben gerufen, deren Spiele während des Sommers unter den Auspizien der Parkkommission auf den verschiedenen Ballspielplätzen in den Parks stattfinden werden.

Der Kontrakt für die Errichtung des Musikpavillons im Eden Park, mit dem auch eine Bedürfnißanstalt verbunden sein wird, wurde für $14,071 an die L. Eid Concrete Steel Co. vergeben und W. Miller & Son erhielten für $8555 den Kontrakt für die Errichtung der Schutzhütte und die Anlage der Bassins usw. auf dem Spielplatz an der Western Ave.

Auf Ansuchen von Herrn Charles Mayer von der Mayer Realty and Building Co. beschloß die Kommission, das nöthige Eigenthum für die Anlage einer Konkrettreppe anzukaufen, durch welche der Inwood Park mit der neuen von Herrn Mayer ausgelegten Straße Inwood Place verbunden werden soll.

Grippeanfall

Zwingt Bürgermeister Spiegel dazu das Haus zu hüten.

Bürgermeister Spiegel leidet an einem schweren Grippeanfall und dürfte für einige Zeit das Haus hüten müssen. Bereits vor mehreren Wochen zeigten sich die ersten Symptome der Krankheit und der Arzt rieth dem Bürgermeister an, für einige Tage zu Hause zu bleiben, aber hiervon wollte Herr Spiegel nichts wissen, sondern erschien als pflichtgetreuer Beamter taatägalich in seinem Bureau, um die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Natürlich trat unter solchen Umständen keine Besserung in seinem Zustand ein und der scharfe Nordwest, der am Mittwoch blies, hat augenscheinlich die Grippe verschlimmert, denn gestern war Herr Spiegel nicht im Stande, nach der Stadt zu kommen und der sofort von der Familie herbeigerufene Arzt ordnete für das Stadtoberhaupt vorläufig strengsten Stubenarrest an, bis die Grippe sich gehoben hat.

Sterblichkeitsbericht.

Samuel Kissel, 75, 609 West 8. Str., Luftröhrenentzündung.
Rose Wilson, 39, 2843 Woodburn Ave., Hirnhautentzündung.
Clara Straub, 33, 28 Mary Str., Bauchfellentzündung.
Louisa Duerr, 74, 205 Peete Str., Inquest in Schwebe.
Patrick Kearney, 74, 449 Pioneer Str., Inquest in Schwebe.
Andrew Smith, 65, 1224 Ost 12. Str., Luftröhrenkrebs.
Charles Adams, 60, 426 Central Ave., Blutarmuth.
Elisabeth Legge, 80, Wittwenheimath, Walnut Hills, Herzleiden.
Elisabeth Pollick, 77, 4847 Spring Grove Ave., Krebs.
James Riley, 5 Monate, 127 West 69. Str., Lungenentzündung.
Theodor Van Lewen, 65, städtisches Armenhaus, Herzleiden.
Julius Kemper, 46, 2748 West 6. Str., Tuberkulose.
Helen Bogafian, 1, 1831 Central Ave., Lungenentzündung.
Sarah Dyett, 91, 905 Hopkins Str., Inquest in Schwebe.
Anna Pundsack, 64, 934 West Liberty Str., Herzleiden.
Alfra Struewing, 81, Siechenheim, Lungenentzündung.
Margaret Sands, 84, 1718 Dexter Ave., Gehirnschlag.
Emma Wurster, 49, 1915 Hewitt Ave., Krebs.
Catherine Austing, 34, St. Marien Hospital, Bauchfellentzündung.
Barney Kelly, 58, 211 West 6. Str., Gehirnschlag.
Minnie Bunnemeyer, 64, 951 Pavillon Str., Herzleiden.
George Wessels, 64, McMillan und Vine Str., Nierenleiden.

Kampf um die Ellis'schen Kinder.

Laut aus Chicago eingetroffenen Depeschen beabsichtigt J. B. Looker von Akron, O., ein Freund des ehemaligen hiesigen Lederwaarenhändlers William C. Ellis, der bekanntlich vor einigen Tagen wegen Ermordung seiner Gattin zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist, gerichtliche Schritte zu thun, um sich in den Besitz der beiden Kinder des Ellis zu setzen, die sich gegenwärtig hier in der Obhut ihrer mütterlichen Großeltern, Herrn und Frau Robert H. Hosea, befinden. Looker will auf Wunsch Ellis's es durchzusetzen versuchen, daß die Kinder von Herrn und Frau Louis E. Bierck in Chicago adoptirt werden.

Natürlich werden Herr und Frau Hosea die Kinder nicht gutwillig herausgeben.